



der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg



6. Jahrgang / Ausgabe 36 - Nr. 2 / 2017

www.die-linke-nwm.de

Landesparteitag in Rostock: Sozial – Gerecht – Für ALLE Satzungsänderungen des Landesvorstandes fanden keine Mehrheit

*Bericht von Horst Krumpen*

Bei strahlendem Sonnenschein und leider viel zu niedrigen Temperaturen trafen wir uns zur 4. Tagung des 5. Landesparteitages in Rostock.

Es versprach ein anregender Parteitag zu werden, hatten wir doch als Kreisverband uns aktiv eingebracht in die neue Strategie und Leitbilddebatte und selbst zu Satzungsfragen und in Reaktion auf den Landesvorstand, mehr als 10 eigene Anträge eingereicht.

Den Auftakt machte der Vorsitzende des größten Kreisverbandes, der uns im Rahmen seines Grußwortes gleich auf den Weg in Richtung Doppelspitze führte und sich klar dafür aussprach diese endlich auch bei uns zu ermöglichen. Es folgte der DGB Vorsitzende Uwe Polkaehn, in dessen Redebeitrag die inhaltliche Übereinstimmung zur Arbeit der Landtagsfraktion in Sachen, gute Löhne, gute Arbeit mehr als deutlich wurde. Unsere Landesvorsitzende Heidrun Bluhm versuchte dann mit Ihrer Rede eine Erklärung zu liefern, warum nun ausgerechnet im Rahmen dieses Parteitag

zahlreiche Satzungsfragen von ihr und dem Landesvorstand auf den Weg gebracht wurden. Sie brachte auch den Leitantrag des Vorstandes mit ein, der mit deutlichen Worten gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West einfordert, sie zeigte auch klare Kante für den Frieden und soziale Gerechtigkeit. Der Antrag Aufbruch M-V 2021 wurde von Torsten Koplín vorgestellt. Doch leider gelang es ihm nicht so ganz, die Ecken und Kanten, die in diesem Antrag aus guten Gründen enthalten waren, so zu vertreten, dass diese in der Abstimmung auch Mehrheitsfähig waren.

Während der Antrag A1 ohne Änderungen vom Parteitag angenommen wurde, gab es zu Leitbild und Strategie deutliche Auseinandersetzungen. Die am Ende gefundenen Kompromisse haben vieles eingeebnet. Wir werden als Kreisverband jetzt jedoch weiterhin den Finger in die Wunde legen und den Landesverband auch weiterhin in dieser Strategie und Leitbilddebatte weiter zu Veränderungen drängen. Der Antrag darf nicht das Ende der Debatte und nicht das Ende der notwendigen Veränderungsprozesse sein. In der Debatte

haben wir uns als Kreisverband immer wieder zu Wort gemeldet und kritische Anmerkungen an den Landesvorstand gerichtet. Klare Kritik von unserem Kreisverband auch an der politischen Führung unseres Landesverbandes. Die von der Landesvorsitzenden angesprochene „Friedhofsruhe“ habe ich aufgegriffen und ihr vorgehalten, denn wer wenn nicht Sie ist verantwortlich für die öffentliche Wahrnehmung unserer Partei und insofern habe ich ihr bestätigt, die von ihr angesprochene Ruhe ist das Ergebnis fehlender politischer Führung, so kam dieses Zitat dann auch mit meinem Namen in die Zeitung.

Nach dem Mittagessen folgten dann quasi als „Nachtschicht“ die Reden von Dietmar Bartsch und Simone Oldenburg. Beide Reden waren kraftvoll und gut geeignet uns aus den Niederungen des „klein“ „klein“ von innerparteilichen Diskussionen zu dem zu führen, was wir als LINKE politisch wollen. Dietmar hat hervorragend die anstehenden Wahlen eingeordnet in einen Welt- und Europapolitischen Kontext. Die Rolle der LINKEN, sowohl als

Friedenspartei, wie auch als Gegenentwurf einer konservativen, neoliberalen Politik hat er klar dargestellt, so war seine Konsequenz am Ende klar – wir kämpfen für uns und wollen in M-V mindestens wieder 21% erreichen. Simone hat in ihrer wirklich herausragenden Rede den Bogen in die Landespolitik geschlagen und dabei die jetzige Regierung in vielen Detailfragen hart angegriffen. Auch die sogenannte andere Opposition in Schwerin bekam „ihr Fett“ weg. Schon die Einleitung ihrer Rede mit einem kleinen Film zur Landtour der Fraktion Gute Arbeit, Gute Löhne wurde mit Applaus bedacht, mit ihren Detailausführungen gelang ihr dies noch häufiger. Mit diesem Dessert hätte der Parteitag ein wirklich gelungenes Ende finden können, doch es gab noch die Satzungsfrage.

Ich will es in aller Kürze und Klarheit auf den Punkt bringen, die wesentliche Neuerung ist die Einführung einer Doppelspitze. Bei fast allen anderen Satzungsänderungsanträgen der politischen Führung unseres Landesverbandes erlitt dieser eine klare Niederlage. Weder der Versuch Gremien zu verkleinern, noch der Versuch Mitglieder in ihren Rechten einzuschränken fanden Zustimmung auf dem Parteitag, auch der Wunsch nach einer Neuregelung der Bestellung eines Landesgeschäftsführers wurde vom Parteitag abgelehnt. Der Landesvorstand hat also in den wesentlichen gewünschten Änderungen, ebenso wie beim Leitbild der Partei das Glück gehabt, das die Basis sich eingebracht hat.

So bleibt mir am Ende ein positives Fazit, ein toller Spitzenkandidat und eine Klasse Fraktionsvorsitzende im Landtag haben die richtigen politischen Signale gesetzt.

Die Basis hat sich gegenüber dem Landesvorstand als engagiert, kritisch und konstruktiv erwiesen.

Somit ist klar, jetzt geht es auf in den Wahlkampf mit einer starken Mannschaft !

Rentenangleichung - das darf kein Schlussstrich sein

Von Martina Bunge

Endlich hat die Bundesregierung einen Entwurf für ein Gesetz zur Angleichung der Rentenwerte Ost an West vorgelegt. Am 2. Juni soll es im Deutschen Bundestag abgeschlossen werden. Pikanterweise hat es den Titel "Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz".

der höchstrichterlich ausgeurteilt seien. Die 1. Kammer des Ersten Senats des BVerfG scheidet in dem Beschluss vom 07.11.2016 - zum wiederholten Male - dass es dem Gesetzgeber freistünde, eine vorteilhaftere Regelung zu treffen und dies eine Frage politischer Entscheidungen sei (vgl. S. 18).

Insofern habe ich als Beraterin

unserer Bundestagsfraktion vorgeschlagen, nicht nur gegen den Titel des aktuellen Gesetzes zu protestieren, sondern bei der Verabschiedung einen Entschließungsantrag auf den Tisch des Parlaments zu legen, der alle Fraktionen auffordert zu bekunden, dass das kein Schluss-Strich sein kann und spätestens zu Beginn der neuen, der 19. Legislaturperiode in Angriff zu nehmen, dass die vielen Überführungslücken geschlossen und auch das Versorgungsunrecht und der Missbrauch des Rentenrecht als politisches Strafrecht abgeschafft werden.

Die Linksfraktion hatte dazu in dieser Legislaturperiode einen komplexen Antrag (DS 18/1644) vorgelegt, der am Vorabend der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestages 2015 - trotz leidenschaftlicher Rede von Dietmar Bartsch - abgelehnt wurde.

Der Entschließungsantrag für den 2. Juni 2017 sollte die vielen Einzelprobleme noch einmal auflisten. Eine solche Selbstverpflichtung des aktuellen Parlaments wäre sehr wichtig, nicht nur um den hochbetagten Betroffenen und auch denen, die als Neurentner*innen immer noch mit finanziellen Einbußen hinzu kommen, einen Hoffnungsschimmer zu geben. Erst wenn das alles korrigiert wird, wäre die Rentenüberleitung tatsächlich abgeschlossen.



Das Gesetz ist nicht gut gemacht - damit meine ich nicht nur die zeitliche Verzögerung der Angleichung bis 2025 und die zugleich reduzierte wie begrenzte Umrechnung der Entgelte der aktiv Beschäftigten.

Der Titel Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz erweckt meines Erachtens den Eindruck, dass damit alle rentenrechtlichen Sachverhalte der Alterssicherungssysteme der DDR zufriedenstellend in Bundesrecht überführt und nunmehr abgeschlossen seien - im Sinne eines Schluss-Strichs!

Das findet in einer Zeit statt, wo unlängst vom Bundesverfassungsgericht der Nichtannahmebeschluss der Beschwerde zur Verletzung der Wertneutralität des Rentenrechts auf den Tisch geflatert ist... Nicht nur die unmittelbar Betroffenen hatten sich erhofft, dass das BVerfG der Bundesregierung einen Korrektur-Auftrag erteilt und dann auch alle anderen Probleme und Ungerechtigkeiten der Rentenüberleitung angepackt werden müssten. Die Enttäuschung ist groß, aber wir sollten nicht aufgeben!

Woher schöpfe ich den Optimismus? Die Begründung des BVerfG bestätigt mein jahrelanges Herangehen: Es ist unseriös, alle unsere Initiativen, ungerechte Regelungen der Rentenüberleitung zu ändern, immer wieder mit der Begründung abzulehnen, dass alle Problemfel-

DIE LINKE auf der Hanseschau Kostenfreie Schülerbeförderung im Mittelpunkt

Auf der 27. Hanseschau, die vom 2.-5.3.2017 wieder in Wismar Halt machte, kamen zahlreiche Menschen an dem Stand der Partei DIE LINKE. Nordwestmecklenburg vorbei. Die beliebteste Verbrauchermesse im Norden präsentierte auf 12.000 qm ca. 270 verschiedene Aussteller.

DIE LINKE. Nordwestmecklen-

Die Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung“ stand in diesem Jahr im Mittelpunkt. DIE LINKE unterstützt die Volksinitiative und sammelte insgesamt über 854 Unterschriften.

Ein ganz besonderer Dank geht an die Genossen Rainer Raeschke aus dem Kreisverband Ludwigslust-Parchim, Kurt Tarrach (82. Jahre)



burg nutzte die Gelegenheit um im Jahr der Bundestagswahl den BürgerInnen ihre beiden Kandidaten, für die Wahlkreise 12 (Andre Walther) und Wahlkreis 13 (Horst Krumpfen), vorzustellen. In den persönlichen Gesprächen konnte sich die BürgerInnen über die verschiedenen Positionen und Meinungen der beiden austauschen. Auch die Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Simone Oldenburg, und der Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Bundestag, Dr. Dietmar Bartsch, besuchten und unterstützen uns am Stand.

und Genosse Klaus-Dieter Bosse (stark seheingeschränkt) die uns tatkräftig an unserem Stand unterstützen haben. Weiter gilt der Dank allen Helferinnen und Helfern.

Als besonderes Highlight möchten wir den Eintritt des Studenten Hendrik Baron hervorheben. Hendrik studiert in Wismar Betriebswirtschaft und hat sich nach intensiven Gesprächen dazu entschlossen in die Partei DIE LINKE einzutreten.

Wir begrüßen Hendrik recht herzlich im Kreisverband Nordwestmecklenburg und wünschen ihm alles Gute.

Familienfest am 1. Mai in Jamel u. Gressow



Obstbäume für die Demokratie: Aktive Bürger der Gemeinde Gägelow und des Vereins Kuso trafen sich am 1. Mai traditionell in Jamel und setzten ein Zeichen für Demokratie, indem sie auf der Obstwiese weitere Obstbäume pflanzten. Dafür stellten Spender die Bäume zur Verfügung, darunter der Gägelower Hagebaumarkt. Engagiert an der Aktion beteiligt hat sich auch Simone Oldenburg, Vorsitzende der Fraktion der Linken im Landtag. Anschließend wurde die Maifeier mit einem bunten Familienfest in Gressow fortgesetzt.

Haben CDU und SPD Angst vor dem Willen des Volkes?



Der Vorsitzende der Linksfraction Björn Griese zum Abstimmungsverhalten der Fraktionen von CDU und SPD in der Kreistagsitzung zur Unterstützung der Volksinitiative für kostenfreie Schülerbeförderung

Scheinbar sind CDU und SPD im Kreistag vier Monate vor der Bundestagswahl von Schwerin aus ferngesteuert. Anders sind die Argumentationen und letztlich die Ablehnung unseres Antrags „Unterstützung der Volksinitiative zur kostenfreien Schüler_innenbeförderung in Mecklenburg-Vorpommern“ kaum zu erklären.

Gegen die Volksinitiative, welche die Kostenfreiheit bei der Beförderung für Schüler und Auszubildende im ganzen Land durch eine Änderung des Schulgesetzes fordert, wurden große Geschütze aufgeföhren. Und das, obwohl die Ausschüsse für Bildung und Finanzen zuvor einmütig für den Antrag votierten. Dabei ging es im Kern um eine Frage der Demokratie: Wie ernst nehmen wir den Willen der Einwohnerinnen und Einwohner. Denn die Initiative kann erst einmal nur erwirken,

dass der Landtag das Thema aufgreift – nicht, wie dieser entscheidet.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende, Thomas Grothe, sprach davon, dass das Land den Kreisen die Kosten überbürden könne oder ihnen per Vorwegabzug vorenthalte. Dabei fordern die Initiatoren der Volksinitiative gerade eine Kostenübernahme durch das Land und damit eine Entlastung der Kommune.

Wie auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Glaner führte Grothe weiter ins Feld, dass das letzte Steuerungselement zur Unterstützung der örtlich zuständigen Schulen verloren ginge. Dabei müssten beide wissen, dass damit nicht die Schuleinzugsbereiche abgeschafft werden. Oder wollen die Kreistagspolitiker von CDU und SPD die freie Schulwahl in Frage stellen und sich damit gegen ihre Landesregierung positionieren?

Wolfgang Glaner malte abschließend, offensichtlich ohne Kenntnis der Bedeutung von Volksinitiativen, Schreckensszenarien, die unterstellten, dass erhebliche Mehrkosten für NAHBUS entstünden, wenn infolge der Kostenfreiheit Buslinien verändert werden müssten. Dies ist einerseits völlig spekulativ und andererseits unerheblich, denn das Land soll ja die

Kosten für die Schülerbeförderung übernehmen – egal auf welcher Buslinie.

Es schien, als hätten beide Fraktionen den Auftrag aus Schwerin zu erfüllen, diese unliebsame Volksinitiative abzulehnen, um bloß nichts an den jetzigen Zuständen ändern zu müssen. Das entspräche dem bisherigen Stil der rot-schwarzen Landesregierung, demokratische Initiativen soweit es geht zu ignorieren. Komisch nur, dass die Volksinitiative in anderen Kreistagen unterstützt wurde – auch von SPD und CDU.

Abzuwarten bleibt, ob CDU und SPD in den kommenden Wochen den Menschen im Landkreis auch so deutlich sagen, dass sie nichts von kostenfreier Schülerbeförderung und auch nichts von Volksinitiativen halten. Die Freiheit der Schulwahl bliebe so weiter vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Offensichtlich sollen auch in Nordwestmecklenburg Bildungschancen nicht für alle gleich sein.

DIE LINKE wird dies jedenfalls so kommunizieren und weiterhin Unterschriften für die Volksinitiative sammeln. Sicher wird das erforderliche Quorum auch ohne die rot-schwarze Koalition der kleinen Kompromisse erreicht werden.

Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf Beschluss des Kreisvorstandes lade ich euch hiermit herzlich zum

Kreisparteitag

DIE LINKE NWM als Gesamtmitgliederversammlung

am Samstag den 17.06.2017 ein. Beginn 10.00 Uhr, Ort Malzfabrik Grevesmühlen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Wahl der Gremien des Kreisparteitages
2. Rechenschaftsbericht und Rede des Kreisvorsitzenden
3. Bericht der Kreisfinanzrevisionskommission, Bericht der Mandatsprüfungskommission
4. Aussprache und Entlastung des Vorstandes
5. Wahl des Kreisvorstandes in einer Stärke von 12 Mitgliedern, dabei in Einzelwahl eine/n Vorsitzende/n, eine/n stellv. Vorsitzende/n, Schatzmeister/in.
6. Rede der Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE im Landtag von Mecklenburg Vorpommern Simone Oldenburg MdL
7. Bericht des Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion DIE LINKE im Kreistag von Nordwestmecklenburg Björn Griese
8. Aussprache (eingereicht in die Wahlgänge)
9. Wahl von 3 Mitgliedern der Kreisfinanzrevisionskommission
10. Antragsberatung (eingereicht in die Wahlgänge)
11. Wahl von 8 Delegierten/ Ersatzdelegierte des Kreisverbandes für den 6. Landesparteitag der LINKEN. Mecklenburg-Vorpommern.
12. Schlusswort der/des Kreisvorsitzenden

Wir freuen uns auf rege Teilnahme und gute Debatten.

Für die Mittagsversorgung wird um einen kleinen Kostenbeitrag gebeten.

*Mit solidarischen Grüßen
Horst Krumpen
Kreisvorsitzender*

Tag der Arbeit in Warin mit Volksfestcharakter

Von Ute Spriewald

Das Wetter meinte es gut mit uns. Aber nicht nur wegen des strahlend blauen Himmels zog es Warinerinnen und Wariner in Scharen zum Sportplatz. Über 1000 Menschen werden es gewesen sein. Die Veranstaltung zum 1. Mai ist etabliert, allerdings kaum als Tag der Arbeit, sondern als Volksfest für Jung und Alt. Lifemusik, Line Dance, Kita-Chor und die Pampers-Liga sorgten für Stimmung. Schul- und Angelverein, Frauentreff und Feuerwehr boten Aktion, Genuss und Spannung. So nutzten viele Besucher die nagelneue Hubleiter der Feuerwehr, um Warin aus 30 Meter Höhe zu sehen.

Aber auch SPD, CDU und DIE LINKE. hatten ihre Zelte aufgebaut. Die Landtagsabgeordneten Martina Tegtmeier (SPD) und Christiane Berg (CDU) standen bereit. Unser Direktkandidat zur Bundestagswahl Horst Krumpen verstärkte unser Team der BO Warin.

Unsere Angebote – kostenloses



Eis für die Kinder sowie Kaffee und gebackenes Fleisch zum Selbstkostenpreis – lockten die Menschen an unseren Stand. Wir sammelte Unterschriften für die Volksinitiative gegen Kinderarmut, führten Gespräche und verteilten Material. Aber – das muss man ehrlich zugeben – die meisten Menschen interessierten sich nicht für Politik, sondern nur für das kulinarische Angebot. Im Bundestagswahljahr kam es wegen angeblicher Terminüberschneidungen nicht einmal zur üblichen Vorstellungsrunde der Kandidaten für die Bundestagswahl. Nur für die Bun-

destagsabgeordnete Karin Strenz (CDU), die gegen Mittag einen Kurzabstecher nach Warin machte, organisierte Bürgermeister Ankermann (CDU) die Siegerehrung für das Fußballturnier. Schließlich ist sie im Sportausschuss des Bundestages, damit geradezu prädestiniert, die Sportler zu ehren. Gleiche Chancen gibt es eben nicht. Dennoch, wir sind zufrieden. Wir waren präsent. Und wir waren und sind ein tolles Team – Björn Griese, Kurt Dombrowski mit Enkeln und Urenkeln, Roswitha Auert, Petra und Wolfgang Schultheiß sowie Ute und Andreas Spriewald.

Beckmessers Meckerecke

Heute: (Fehl)Information

Neulich traf ich doch, wie schon häufiger, meinen alten Kumpel aus gemeinsamer Schulzeit, beim Einkaufen im Supermarkt. Wir hatten uns einige Zeit nicht gesehen und kamen deshalb in ein längeres Gespräch. Nicht nur Gesundheit, Haus Hof und Freizeit sondern auch die Situation in Stadt und Landkreis kamen ins Gespräch.

Dabei fragte mich mein alter Kumpel natürlich immer wieder, wie denn die LINKEN so zu den Dingen stehen, welche Positionen unsere Abgeordneten zu den unterschiedlichsten kommunalen Themen wie Parkplatzsituation, Baugelände Bad Wendorf, Busfahrpläne, Schul- und Kindergartensituation, Gestaltung Altstadt, Hafen usw. usf. haben. Naja, an vielen Stellen konnte ich schon noch mit Hintergrundinformationen dienen.



Schließlich kam die Frage, warum wir denn nicht, wie andere Fraktionen gedruckte Info-Blätter in die Haushalte geben, wo sich nicht nur die Abgeordneten bekanntmachen, sondern auch ihre Positionen zu den verschiedensten Themen, die häufig in der Lokalpresse zu kurz kommen, dargestellt werden. Die Einwohner in NWM sind doch neugierig darauf, wie in den Parlamenten gedacht wird. Verwaltungspositionen veröffentlicht die Lokalpresse weitläufig, die Opposition kommt häufig zu kurz.

Diese Gedanken gingen mir in den Folgetagen nicht aus dem Kopf. Ich fragte mich immer wieder, warum gelingt es uns nicht, wie andere Fraktionen, Informationschriften mit unseren Themen und Inhalten der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Flächendeckend und professionell verteilt.

Von Uwe Boldt

Eine andere Welt ist möglich!

Dieser sympathische attac-Slogan stellt auf die Möglichkeit einer Wende zu einer besseren Welt ab. Um die Wirklichkeit werden zu lassen, müsste jedoch sehr schnell sehr viel für eine sozialökologische Transformation getan werden.

Noch nach der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris war die Stimmung verhalten optimistisch, einigte man sich doch erstmals weltweit auf konkrete Ziele. Inzwischen dominiert wieder der alte Schlendrian; US-Präsident Trump erwägt sogar den völligen Ausstieg aus den übernommenen Verpflichtungen.

Wie sich die Welt in fünfzig Jahren beim gegenwärtigen Tempo der Realisierung von Vorkehrungen gegen den Klimawandel aussehens würde, mag man sich nicht vorstellen: Versalzene Flüsse, verdorrte Landschaften, überflute-

te Städte und Inseln und Flüchtlingsströme aus dem globalen Süden, wo die Menschen schon jetzt in prekären Verhältnissen leben, zu uns in den klimatisch privilegierten Norden. Dabei liegen Alternativen zu diesem Horrorszenerario vor. Der anhaltende Raubbau an der Natur gefährdet jedoch z. Zt. jene befreite Gesellschaft, die Ziel linker Politik ist, wenn künftige Generationen anstatt um eine andere, bessere Welt zu streiten, Verteilungskämpfe auf einem ramponierten Planeten ausfechten müssten.

Programmatisch sind wir als LINKE mit unserem „Plan B – dem roten Projekt für einen sozialökologischen Umbau“ gut gerüstet, real hinken auch wir jedoch den Erfordernissen hinterher. Zeit zum Umdenken haben wir nicht und so treffen auch LINKE immer wieder mit Verweis auf soziale

In unserer Gemeinde tut sich viel

Von Joachim Wölm, Bürgermeister der Gemeinde Bad Kleinen

Der wohl schönste Ort am Schweriner See zu sein, ist unserer Gemeinde von Natur gegeben. Bad Kleinen prosperiert auf vielen Gebieten.

Da gibt es den kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs. Mit bereits 3.500 Einwohnern hätte unser Dorf es verdient, sich in die Gruppe der Kleinstädte des Landkreises einzureihen. Dieser positive Trend setzt sich fort, denn wir sind wegen der großen Nachfrage dabei, weitere Wohngebiete neu zu erschließen. Dazu passt die bereits vorhandene u. sich weiter entwickelnde Infrastruktur mit mehreren Supermärkten, kleineren Versorgungsbetrieben, Handwerksbetrieben, Arztpraxen, einem modernen Feuerwehrgebäude, vielen Vereinen und Verbänden, die das Leben in unserer Gemeinde so attraktiv machen.

Dazu gehören selbstverständlich der Komplex Regionalschule mit Grundschule „Am Schweriner See“ und die Kindertagesstätte Bad Kleinen. Auch hier gibt es positive Entwicklungen. Am 6. April 2017 überbrachte der Landwirtschaftsminister des Landes, Till Backhaus, dem Bürgermeister und der Schulleiterin, Frau Vandreier, einen Förderbescheid in Höhe von 1,7 Mio. € der sich aus Fördermitteln der EU und des

Landes M-V zusammensetzt. Für insgesamt 2,1 Mio. € haben nämlich die Bauarbeiten zur Rekonstruktion des Schulgebäudes bereits begonnen. Die Gesamtschule wird zukünftig moderner, heller, praktischer und barrierefrei. Mit der zu schaffenden Barrierefreiheit werden die Voraussetzungen für mehr Inklusion für alle Schüler, auch die mit einer Behinderung geschaffen. Da wird das Lernen an der Schule noch mehr Spaß machen und es wird auch den ländlichen Raum um Bad Kleinen weiter aufwerten. Genau dieser Sachverhalt war Auslöser des Beirates für Menschen mit Behinderungen des LK NWM gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung, der Schulleitung und den örtlichen Vereinen, den „Europäischen Protesttag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen 2017“ des LK NWM am 16. Mai 2017 von 08.00 -15.00 Uhr in der Gesamtschule und der Mehrzweckhalle in Bad Kleinen durchzuführen.

Nach den Bauarbeiten werden auf dem Schulgelände von fast 3 ha das modernisierte Schulgebäude, 2 Sporthallen, der Sportplatz, ein Jugendklub, die Mensa, die Kita. und die Bibliothek zu einem Campus vereint.

Der historische Bahnhof unseres Ortes gab wegen seiner komplizierten Zugänglichkeit stets Anlass



Interessen der Arbeitnehmerinnen Entscheidungen, die nicht „enkeltauglich“ d. h. zukunftsweisend sind.

Beispielsweise sind das Verzögerungen beim Ausstieg aus der Braunkohleverstromung (Argument Arbeitsplätze), die Abkehr vom Individualverkehr oder die Versiegelung wertvoller Ackerböden für Wohnzwecke. Die Prioritäten sollten m. E. eindeutig sein: Für unsere Nachkommen wird es müßig sein, sich in einer zerstörten Umwelt Gedanken über Sozialismus zu machen.

Lutz Tannhäuser.

zur Kritik. Der Gebäudekomplex des Bahnhofes musste inzwischen dem geplanten Neubau einer neuen und barrierefreien Bahnstation mit Personenaufzugsanlage weichen. Mit der Fertigstellung wird Ende 2018 zu rechnen sein.

Für die Gemeinde Bad Kleinen ergibt sich daraus das Erfordernis, den Bahnhofsvorplatz mit ÖPNV-Haltestelle, Fahrradabstellmöglichkeit, Toilettengebäude und Imbissversorgung neu zu gestalten. Hierfür benötigen wir die Unterstützung unseres Amtes und des Landkreises.

Meine Wünsche als Bürgermeister gehen aber weiter. Der Standort Bad Kleinen eignet sich ideal, dem Archäologischen Landesmuseum in unserem Ort eine ständige Heimstätte zu bieten.

Und natürlich geht die demographische Entwicklung auch an unserem Ort nicht vorbei. Für die zunehmende Anzahl älterer u. teilweise behinderter Bewohner benötigen wir viel mehr barrierefreie Wohnungsangebote und Nachholbedarf gibt es noch im Bereich Straßen- u. Gehwegbau.

Bad Kleinen – eine Großgemeinde mit Zukunft! Ich bin stolz darauf, diesem Dorf und ihren Bürgerinnen und Bürgern als BM mit Leidenschaft dienen zu können.

Gemeinsam, kämpferisch und zuversichtlich!

Von Dr. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl



Am 18. März bin ich auf Platz 1 der Landesliste der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern für die Bundestagswahl gewählt worden. Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen!

Gemeinsam gehen wir kämpferisch und enthusiastisch in die bevorstehenden Wahlkampfauseinandersetzungen. Wir kämpfen für ein starkes Wahlergebnis für die LINKE. Bundesweit wollen wir zweistellig werden, und in meinem Wahlkreis 14 – Rostock und Landkreis Rostock II - kämpfe ich darum, das Direktmandat für unsere Partei zu gewinnen.

Wir werben für unsere Partei, damit es zu einem Politikwechsel kommt. Wir brauchen diesen, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland wieder herzustellen. Wir haben auf der einen Seite

obszönen Reichtum, Milliardäre und riesige Profite bei Konzernen. Auf der anderen Seite gibt es Kinder- und Altersarmut. Fast zwei Millionen Kinder sind in Deutschland von Armut bedroht. Das ist nicht zu akzeptieren. Wir brauchen eine andere Politik, weil uns sonst in 20 Jahren unsere Kinder und Enkel fragen werden, was wir für ihre Zukunft getan haben. Das ist die Herausforderung, der sich die LINKE stellen wird. Die SPD in Regierungsverantwortung – was sie in den letzten 19 Jahren auch 15 Jahre war - haben wir erlebt. Die Wähler wissen, dass die aktuelle soziale Schieflage viel mit ihrem Handeln zu tun hat. Die Große Koalition hat in den vergangenen vier Jahren kaum ein großes Reformvorhaben wirklich vorangebracht. Vielen Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft ist die Planbarkeit des eigenen Lebens verloren gegangen. Sie haben Angst um ihren Arbeitsplatz, Angst, die Miete nicht mehr zahlen zu können und Angst vor Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Alter.

Bereits seit der Wahl 2013 gibt es im Bundestag eine Mehrheit jenseits der Union. Die SPD hat diese Mehrheit leider nicht genutzt. Ich begrüße, dass Martin Schulz das

Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes rücken will. Aber seine Glaubwürdigkeit kann er beweisen, wenn er jetzt erste Maßnahmen im Bundestag beschließen lassen würde. Wir fordern nicht jetzt eine große Renten- oder Steuerreform zu beschließen, aber die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen könnte sofort mit den Stimmen von SPD, Linken und Grünen abgeschafft werden. Oder die wirksame Begrenzung von Managergehältern. Die SPD kündigt das seit Wochen an, bringt aber selbst ihren Gesetzentwurf aus Angst vor der Union im Bundestag nicht



Das Bild „Sisyphos macht Pause“ des Berliner Malers Siegfried Schütze ist Eigentum der Fraktion Die LINKE im Bundestag und hängt zur Zeit im Beratungsraum der Fraktionsvorsitzenden.

zur Abstimmung.

Darum fordere ich die SPD auf, die vorhandenen Mehrheiten dafür zu nutzen!

Auch 27 Jahre nach der Wende liegt der Osten in vielen Bereichen der Entwicklung immer noch weit zurück – bei der Wirtschaftsleistung, den Löhnen, Rente oder Infrastruktur. Kanzler Kohl versprach blühende Landschaften, Schröder wollte den Aufbau Ost zur Chefsache machen. Der Prozess ist aber längst zum Stillstand gekommen. Wer 1990 mit 65 in Rente gegangen ist, muss nach bisherigem Plan 100 Jahre alt werden, um eine Angleichung der Renten West und Ost zu erleben. Der Rentenkompromiss zwischen Union und SPD ist so inakzeptabel. Mit einer starken LINKEN wird es nicht bleiben, wie es ist. Wir fordern Ost-Ministerium, das sich für die Belange der östlichen Bundesländer einsetzt und diese zusammenführt.

Auf eines können sich die Wählerinnen und Wähler verlassen: Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für eine andere, für eine gerechte Politik. Und von der LINKEN wird es keine Stimme für die Verlängerung der Kanzlerschaft von Angela Merkel geben.

Dauerbrenner „Schülerbeförderung“ – nicht kleckern, sondern klotzen

Von Simone Oldenburg, MdL

Ständig hören wir von den Problemen in der Schülerbeförderung, ständig wird an ihr herumgedoktort, ständig gibt es nur Verschlechterungen.

Wir fordern ein kostenloses Schülerticket, auch für Auszubildende, auch für die Freizeit. Das kann doch nicht so schwer sein. Flugs wird eine Ungerechtigkeit beseitigt, aber genauso zügig durch eine nächste ersetzt.

Schülerbeförderung ist derzeit ein Sammelsurium von Ungerechtigkeiten, das ca. 60 Millionen Euro jährlich kostet. Davon werden ungefähr 11 Millionen vom Land übernommen und die Kreise sitzen also auf einer Differenz von mindestens 49 Millionen Euro.

50 Millionen Euro jährlich vom Land für die Schülerbeförderung – das kostenlose Ticket wäre da, gerade die ländlichen Räume ge-

stärkt. Aber der knausrige Finanzminister gibt von seiner einen Milliarde, die er in seiner Spardose hat, keinen Cent. Somit bleibt das Chaos vorprogrammiert. Denn es gibt nur eine einzige gerechte Lösung: ein kostenloses Schülerticket für alle Kinder und Jugendlichen. Die derzeitigen verkorksten Bestimmungen lassen sich doch nicht erklären. Stellt euch vor:

Zwei Schüler stehen an ein und derselben Bushaltestelle, wohnen in ein und demselben Ort, besuchen ein und dieselbe Schule, die in ein und derselben Entfernung – nämlich 3,5

Kilometer liegt. Aber sie haben nicht ein und dieselbe Regelung, ob sie nun kostenlos zur Schule kommen oder bezahlen müs-

sen, denn der Viertklässler von den beiden an der Bushaltestelle fährt kostenlos, weil für Grundschüler und meistens auch für 5.- und 6.-Klässler gilt: Wenn die Schule zwei Kilometer entfernt ist, werden die Kosten vom Kreis übernommen.

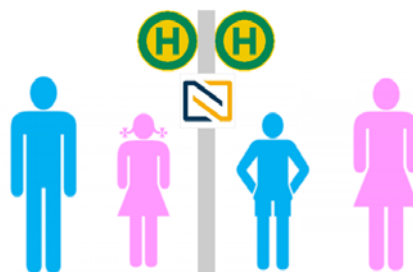
Beim Siebtklässler hingegen müssen die Eltern für den Schulweg zahlen – im Landkreis NWM derzeit 75 Euro pro Monat, weil die Schule eben nicht vier Kilometer entfernt ist, sondern 3,5 Kilometer. Und dass alles, obwohl beide sogar die örtlich zuständige Schule besuchen.

Das wird aber noch putziger:

An der Haltestelle stehen jetzt vier Kinder: Wieder das gleiche: Alle aus

dem gleichen Ort und und und. Ein Siebtklässler von ihnen besucht eine örtlich unzuständige Schule, deren Weg aber an der örtlich zuständigen Schule vorbeiführt, dann kann er bis zur örtlich zuständigen Schule kostenlos befördert werden. Das bedeutet für unseren Landkreis: Seine Monatskarte wird um die Hälfte reduziert. Die Eltern bezahlen also 37,50 Euro.

Der andere Siebtklässler besucht die unter vier Kilometer gelegenen örtlich zuständige Schule und die Eltern müssen 75 Euro berappen, bekommen also keinen Cent Ermäßigung. Der andere Siebtklässler besucht das örtlich zuständige Gymnasium, das weiter als vier Kilometer – in diesem Falle 16 Kilometer entfernt ist, dann ist seine Beförderung wieder kostenlos. Das war jetzt kein Witz, den sich die vier an der Haltestelle erzählt haben, das ist die traurige Realität.



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Veranstaltungen des RLS-Freundeskreises im Juni

Im Juni kommt es gleich zu drei Veranstaltungen des Freundeskreises in Wismar. Eine solche

Häufung ist ungewöhnlich. Sie wird sicherlich Kritik hervorrufen und bedarf einer Erklärung.

Schon lange hatten wir mit Dr. Leibiger aus Dresden einen Vertrag zum Thema „Ein anderes Wachstum statt Degrowth und Schrumpfung“. Diese Veranstaltung wird am 1. Juni im Treff im Lindengarten (TiL) stattfinden und mit ihr sollte es im Juni eigentlich sein Bewenden haben.



Als wir wegen einer Lesung aus ihrem Buch „Enkeltauglich“ bei Anita Tack nachfragten - sie war für DIE LINKE von 2009 bis 2014 Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in Brandenburg - hatte sie nur noch im Juni freie Termine. Wir einigten uns auf den 19. Juni; sie wird ebenfalls im TiL in Wismar über ihre Erfahrungen bei der Durchsetzung nachhaltiger Projekte sprechen.

Überraschend ergab sich danach ein weiteres Angebot von Dr. Eugen Drewermann auf eine fast vergessene Anfrage hin, die nur für den 7. Juni galt. Einem Autor wie ihn gibt man keinen Korb und so wird er an diesem Tag in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der ev. Kirchgemeinde in der Neuen Kirche am Marienkirchhof zum Thema „Geld, Gesellschaft und Gewalt - Kapital und Christentum“ sprechen.

Ich hoffe, dass diese Veranstaltungen trotz der zeitlichen Häufung viele Interessierte anlocken werden.

Lutz Tannhäuser

Feuer der Opposition

Dieser Text erschien zuerst in ROSALUX, Ausgabe 3-16.

Der Autor Prof. Michael Brie hat dem Nachdruck zugestimmt.



Eine Regierung mit SPD und Grünen ist derzeit für die Linke keine Option. Es ist ein schlechtes und empirisch immer wieder widerlegtes Argument, dass gesellschaftliche und politische Opposition nichts bewegt. Weder Bismarcks Sozialstaatreformen noch die betriebliche Mitbestimmung oder die Adenauersche Rentenreform wären ohne linke Opposition entstanden; es gäbe keinen Atomausstieg und keinen Mindestlohn. Es kann auch belegt werden, dass die Linke durch Regierungsbeteiligung oft geschwächt wurde, auch in Deutschland.

Die SPD ist unter der Regierung von Gerhard Schröder zu einer Partei der sozialen Ungerechtigkeit geworden und hat sich davon bis heute nicht erholt. Die eigentlich entscheidende Frage ist also nicht, ob die Linke sich an der Regierung beteiligt oder nicht, sondern welche Kraft die Linke mit welchen Mitteln in einer konkreten Situation entwickeln kann. Über die Frage von Regierungsbeteiligung wird zumeist völlig falsch diskutiert. In den Vordergrund wird gestellt, welche Reformen im Einzelnen durchgesetzt werden können. Aber die Frage, die gestellt werden muss, ist ob die Linke durch Regierungsbeteiligungen stärker wird. Wie Rosa Luxemburg sagte: Es kommt vor allem auf das Wie an. Das Was steht auf tönernen Füßen, wenn keine gesellschaftlichen und politischen Kräfte dahinter stehen, die es verteidigen und ausbauen. Aber auch diese Antwort ist noch zu abstrakt. Die Linke insgesamt, und auch die Partei DIE LINKE muss sich konkret auf zwei sehr unterschiedliche Handlungssituationen einstellen. Die eine Situation ist die, dass die relative wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität in Deutschland erhalten bleibt und weder gesellschaftlich noch parteipolitisch die Bedingungen für einen durchgreifenden Richtungswechsel der Politik gegeben sind. Das ist der gegenwärtige Zustand. Mit SPD und Grünen ist gegenwärtig nur eine Modifikation des Status Quo, aber kein grund-

gender Politikwechsel möglich. Unter diesen Umständen verbietet sich eine Regierungsbeteiligung, es wäre höchstens die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung denkbar. Zum anderen müssen sich die Linke und die Partei DIE LINKE auf eine offene Krisensituation vorbereiten. Dann sind sie gefordert, mit weiterreichenden Positionen und einer energischen Mobilisierung. Die Frage von parteipolitischer Opposition oder Regierungsbeteiligung muss beiden Optionen gerecht werden. Eine Regierungsbeteiligung unter heutigen Bedingungen würde die Fähigkeit der Partei DIE LINKE schwächen, in einer offenen Krise als überzeugende Alternative einer grundsätzlich anderen Politik auftreten zu können. Der Gründungsanspruch der gemeinsamen Wahlalternative von PDS und WASG, auch eine politische Richtungsalternative zu sein, würde dabei aufgegeben. Die strategische Aufgabe der Partei DIE LINKE ist es, parteipolitisch daran zu arbeiten, die Bedingungen für einen grundsätzlichen Richtungswechsel zu schaffen und dabei zugleich heute politisch durchsetzbare Modifikationen herrschender Politik zu erreichen. Auf die Tagesordnung gehört deshalb nicht das Wirken für eine weitere Mitte-Links-Regierung, sondern der Kampf um eine wirkliche linke Regierung. Viele BürgerInnen, die die Partei DIE LINKE wählen, wollen, dass sie in die Regierung geht und dabei hält, was sie verspricht.

Man muss sich die Dimensionen eines solchen Projekts einer linken Regierung in Deutschland vor Augen führen: Erstens wäre das eine Regierung, die ein Ende der Austeritätspolitik in der EU und in Deutschland durchsetzt und große Projekte der solidarischen Integration der EU befördert. Dazu bedarf es auch der Bereitschaft, selektiv mit den Regeln der EU und der Währungsunion zu brechen und neue Regeln durchzusetzen. Die Anhäufung großer Vermögen muss in einer solchen Situation drastisch besteuert werden. Dies verlangt umfassende Maßnahmen der Kapitalkontrolle. Zweitens wäre dies eine Regierung, die energische Schritte einleitet, das Finanzsystem konsequent der Gesellschaft und einer neuen Ausrichtung der Wirtschaft unterzuordnen. Der Finanzsektor muss

deutlich schrumpfen. Die Grundsicherung für Gesundheit, Pflege und Alter muss allein auf dem Umlageverfahren basieren. Der öffentliche Bankensektor muss gestärkt und ausgebaut werden, auch durch Privilegierung gegenüber dem Privatsektor. Drittens wäre es eine Regierung, die ein umfassendes soziales und ökologisches Investitionsprogramm auflegt, dessen Größenordnung bei fünf oder mehr Prozent des Brutto- sozialprodukts liegen muss. Nur so können Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege gelingen, ebenso wie eine arbeitsfeste sanktionsfreie Grundsicherung und die Verhinderung von Kinder- sowie Altersarmut, eine schnelle demokratische Energiewende, die ökologische Sanierung des Wohnungs- und Gebäudebestandes, der Übergang zu einer ökologischen Mobilität sowie eine solidarische Außenpolitik. Viertens wäre es eine Regierung, in der der Staat (lokal, regional, bundesstaatlich, deutschlandweit und in der EU) wichtige Aufgaben der Planung und Investitionslenkung übernimmt. Eine linke Regierung wäre deshalb auch eine Regierung des Staatsumbaus. Fünftens wäre es eine Regierung, die den Exportüberschuss von sechs bis sieben Prozent des Brutto- sozialprodukts zum größeren Teil in Binneninvestitionen umlenkt oder mit einem solidarischen Ausgleich in der EU verbindet. Dies verlangt nicht weniger als einen umfassenden Strukturwandel der deutschen Industrie und Wirtschaft als Teil des Wandels der volkswirtschaftlichen Struktur in der EU. Es wäre schließlich sechstens eine Regierung, die die internationale Verantwortung für eine globale Politik der Gerechtigkeit, des ökologischen Umbaus und der Friedenssicherung wirklich ernst nimmt, gerade und vor allem in Osteuropa, Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten. Kriegseinsätze und Rüstungsexporte in Kriegsgebiete und an Konfliktbeteiligte wie Saudi Arabien müssen unter einer solchen Regierung ein Ende finden. Wer unmittelbar auf eine gemeinsame Regierung mit SPD und Grünen setzt, muss diese Ziele weitgehend aufgeben; wer dagegen eine linke Regierung in Deutschland will, die das skizzierte Programm umsetzt, kann gegenwärtig nicht mitregieren. Manchmal gibt es doch nur ein Entweder-Oder.

Die Rolle der NATO u. ihr Aufmarsch an der russischen Grenze“



Quelle: Sputnik

von Wolfgang Griese

Vor einigen Wochen wollten mir einige führende Genossen unserer Kreisorganisation im Rahmen eines Gesprächs über den Ukraine-Russland-Konflikt weismachen, die NATO würde mit ihrer Politik für Frieden und die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten stehen. Das ist auch, kann es anders sein, die Meinung des Ex-Botschafters der USA in der BRD Kornblum, des Kanzleramtsministers P. Altmaier und des Vors. des Auswärtigen Ausschusses des DBT, N. Röttgen, wie ich so mancher TV-Talkshow entnehmen konnte.

Was aber sagen die Fakten? Um es vorwegzunehmen: Die NATO war seit ihrer Gründung im April 1949 zu keinem Zeitpunkt angetreten, den Frieden in der Welt zu sichern. Das war und ist bis heute ihr propagandistisches Aushängeschild. Das angeblich auf die Landesverteidigung ihrer Mitgliedsstaaten ausgerichtete Militärbündnis wurde ganz gezielt zu einem globalen Kriebsakteur unter dominanter Regie der US-Regierung ausgerichtet. Um diese Dominanz zu verdecken, wurden als letztlich kaum entscheidungsbefugte NATO-Generalsekretäre der europäischen Mitgliedsstaaten eingesetzt.

Unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges äußerte Churchill im britischen Kabinett „Eigentlich haben wir das falsche Schwein geschlachtet.“ Damit war klar, wohin die Reise mit der zukünftigen NATO gehen sollte und welche Zielrichtung sie verfolgen muss.

Wie wäre sonst die Aussage des ersten britischen NATO-Generalsekretärs, Lord Ismay, (1952-57) zu verstehen: „To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down“, der gleiche General, der in Churchills Auftrag noch in der Schlussphase des 2. Weltkrieges die Operation „Unthinkable“ als Angriffsplan

gegen die Sowjetunion erarbeitete. Im Vorfeld der NATO-Gründung waren sich die zukünftigen Mitglieder einig: „Wir werden uns den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung nicht leisten. Wir sollten aufhören, von vagen, unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser“ (Zitat aus der Policy Planning Study 23 v. 28.2.1948).

Die Prämissen für den „Kalten Krieg“ wurden fixiert und bis zum heutigen Tage nicht verändert. Auch nicht mit dem Intermezzo mit der den USA entgegenkommenden Politik des russischen Präsidenten Jelzin. In dieser Zeit wurden, um „im Tritt“ zu bleiben, der Terrorismus und die Schurkenstaaten erfunden und gezüchtet.

Von Anfang an war es die Politik aller US-Regierungen Militärallianz zu einem Interventionsbündnis umzubauen, sich als sog. „Weltgendarm“ über andere Staaten zu erheben, politische und militär-strategische Einflussphären weiter auszubauen, Einfluss auf die Nutzung und Ausbeutung von Rohstoffreserven, darunter besonders Energieressourcen anderer Staaten zu nehmen, um so letztlich das Gewaltmonopol über große Teile der Welt zu erlangen.

Schon mal darüber nachgedacht, an welchen Kriegen in den letzten 70 Jahren die US-Regierung bzw. die NATO nicht beteiligt waren?

Nach dem Zerfall der Sowjetunion konzentrierte die NATO ihre geopolitische Offensive erneut auf Russland. Nichts mehr mit den Zusagen gegenüber dem blauäugigen Gorbatschow, dass der Einflussbereich der NATO an der Elbe bzw. der Oder endet. Ein neuer Konflikt musste her und

ward gefunden. Die vorletzte Regierung der Ukraine war zögerlich, EU-Mitglied zu werden, stand sie doch in der vertraglichen Pflicht, die Existenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim zu gewährleisten. Ansonsten würde das gesamte Schwarze Meer von der US-Marine dominiert. CIA u. USA schrieben es sich als ihren Erfolg zu, die alte Regierung weggeputzt und eine neue EU-u. USA-willfähige Regierung installiert zu haben und richteten dabei die Propaganda gezielt so aus, Russland als alleinig Schuldigen an diesem Konflikt darzustellen. Was im Falle des Kosovo ein ganz normaler Vorgang war, stellt bei dem klaren „Ja“ des Großteils der Bevölkerung der Krim, Teil Russlands zu werden, eine völkerrechtswidrige Annexion Russlands dar. War es rein rechtlich sicher auch, aber die Kehrseite der Medaille wäre, dass auf der Krim NATO-Truppen stationiert würden.

Ganz gezielt baute die NATO unter Führung der USA ihre Präsenz rund um Russland aus. Den Höhepunkt stellt aktuell die Stationierung von schweren Waffen und NATO-Soldaten, auch Soldaten der ausschließlich für Verteidigungszwecke geschaffenen Bundeswehr, an der Westgrenze Russlands dar. Eine Provokation schlimmster Couleur, eine Provokation, die selbst einen Atomkrieg gegen Russland in den Bereich des Möglichen rückt.

Unsere Partei, DIE LINKE, hat sich mit Beschluss auf dem Bundesparteitag in Münster klar dafür ausgesprochen, keinem Kriegseinsatz deutscher Truppen, auch wenn er UN-mandatiert sein sollten (woran sich die US-geführte NATO ohnehin längst nicht mehr hält), zuzustimmen. DIE LINKE ist ganz klar eine Antikriegspartei und als solche gegen die Produktion und den Vertrieb von Rüstungsgütern. Antikriegspartei zu sein, ist deshalb so absolut richtig, weil jeder Konflikt auf der Welt durch Verhandlungen lösbar ist. Antikriegspartei zu sein, ist ihr wichtigstes Alleinstellungsmerkmal und ich appelliere an alle Genossen unserer Kreisparteiorganisation, von dieser Position niemals abzuweichen, mögen Aussichten auf Regierungsbeteiligungen im Bund auch noch so verführerisch sein. Hier darf es nie Abstriche geben!

kurz & bündig

Die VertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl am 24. September 2017 fand am 18. März im Wyndham Garden Hotel in Gägelow bei Wismar statt.



Ergebnisse der Wahl der Landesliste Bundestag:

- 1 Bartsch, Dietmar
- 2 Bluhm, Heidrun
- 3 Kassner, Kerstin
- 4 Jaschinski, Toni
- 5 Krone, Susanne
- 6 Walther, André
- 7 Wiencke, Thomas

Die Wortmüllhalde

Hier könnt ihr künftig Kauderdeutsch anprangern

Heute: Ergebnisse einfahren

Früher fuhr der Bauer ein Fuder Heu ein, heute fahren manche Politiker gute, weniger gute, manchmal auch verbesserungswürdige Wahlergebnisse ein. Vermutlich mit dem Handwagen oder dem Schubkarren, denn Pferde sind knapp geworden. Das Synonymwörterbuch bietet an: erzielen, erreichen, erlangen, erringen erhalten, zuwege bringen, zustande bringen ... oder: dem Wähler ablabern (das natürlich für den politischen Gegner)

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:

Karl-Heinz Bethke,
Uwe Boldt, Helga
Brauer, Wolfgang
Griese, Lutz Tannhäuser,
Peter Vorbau u.
Frank Wuttke

Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.07.2017



Ostermarsch mit über 120 Teilnehmern Eindrucksvolle Demonstration für Frieden und Abrüstung



Von Peter Vorbau

Dem Aufruf der Wismarer Friedensinitiative zum traditionellen Ostermarsch folgten am Sonnabend, den 15. April 2017 über 120 Bürger. Sie ließen sich auch von dem unbeständigen Wetter nicht abschrecken. Die Organisatoren hatten mit Plakaten, Annoncen in den Tageszeitungen, einem Vortrag „Zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und einem Infostand für den Ostermarsch gewonnen.

Töten und Sterben“, getragen von jungen Demonstranten.

Bei der abschließenden Kundgebung auf den Markt verfolgten die Zuhörer aufmerksam die Ansprachen. Das Wort nahmen Michael Deppe als Anmelder der Demo; Karsten Jagau, Piraten; Horst Krumpen, Die Linke; Silke Gajek, Die Grünen und Horst Neumann, Friedensinitiative Bad Kleinen. Trotz Aufforderung haben sich Vertreter von SPD und der CDU nicht an der Veranstaltung beteiligt. Horst Krumpen kritisierte das



Der bunte Demonstrationzug bewegte sich vom Weidendam durch die Straßen der Altstadt zum Wismarer Markt. Auf den zahlreichen mitgeführten Fahnen mit der Friedensstaube, Transparenten und Plakaten brachten die Teilnehmer ihren Willen zum Frieden, sowie die Ablehnung von Kriegen und Waffenexporten zum Ausdruck. So den Ausspruch von Willy Brandt „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ auf dem Transparent der Linken, oder die Aussagen „Wie wäre es mit dem Ausbruch des Weltfriedens?“ bzw. „Kein Werben für

Verständnis der Bundeskanzlerin auf das vom Präsidenten der USA befohlene völkerrechtswidrige Bombardement eines syrischen Luftwaffenstützpunkts, mit dem die Gefahr eines weltweiten Krieges heraufbeschworen wird. Auch der Einsatz einer amerikanischen Superbombe in Afghanistan wird zum Erstarken des Terrorismus beitragen. Silke Gajek sprach sich für den Wunsch für das Erstarken der Friedensbewegung und zu einem friedlichen Dialog der Länder unter der Schirmherrschaft der UNO aus.

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im April und Mai sowie im Juni 2017 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Hertha Uther zum 97. sowie Alfred Appelt zum 94. Geburtstag. Zum 92. Geburtstag gratulieren wir Barbara Runge. Zum 88. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Herbert Gärtner und zum 87. Geburtstag gratulieren wir Helmut Kownatzki und Heinrich Baudis. Ebenfalls alle guten Wünsche gehen zum 86. Geburtstag an Ernst Lehmkuhl. Zum 84. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Horst Blank. Zum 82. Wiegenfest gratulieren wir Karin Klose und Gottfried Schiller, Eberhard Dettmann, Kurt Fiedler und Kurt Tarrach. Auf 81 Lebensjahre blicken Christa Schiller, Irmgard Liek und Ingrid Korn-

probst sowie Joachim Drobig und Kurt Schacht zurück. Herzliche Glückwünsche zum 70. Geburtstag erhält Gerda Ewald. Zum 65. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Gunter Tamme und Peter Sapich. Zum 60. Geburtstag wünschen wir Annegret Tschersich sowie Harald Kothe, Andreas Harms und Joachim Kukula alles Gute. Glückwünsche zum 50. Geburtstag gehen an Wolfgang Krüger.



Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

Neuer Stolperstein in Wismar verlegt



Zur Erinnerung an den von den Nazis ermordeten Willy Käcker hat Gunter Demnig am Sonnabend, den 25. Februar 2017 vor dessen Wohnhaus Hinter dem Chor 17 einen Stolperstein verlegt. Während der feierlichen Zeremonie berichteten Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums über den Lebens- und Leidensweg von Willy Käcker, den sie im Rahmen eines Schulprojektes erforscht haben. Die Nationalsozialisten verfolgten Homosexuelle auf Grundlage des § 175 des Reichsgesetzbuches. So standen im Januar 1939 in Schwerin 15 Männer vor Gericht, von denen die meisten aus Wismar kamen. Nach Verbüßung ihrer Haftstrafen wurden

viele von ihnen in Konzentrationslager deportiert. Einer dieser Männer war Willy Käcker, der 1942 in Auschwitz ermordet wurde.

Bürgermeister Thomas Beyer betonte in seinen Eröffnungsworten, dass in der Bundesrepublik alle Menschen die gleichen Rechte haben, unabhängig ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung. Deshalb ist es notwendig die Erinnerung an die Verbrechen der faschistischen Diktatur wach zu halten und allen Versuchen zur Einschränkung der Grundrechte eine klare Absage zu erteilen.

Die Veranstaltung wurde von Roman Samsowice musikalisch begleitet.